

# UNION IN EUROPA

**CDU/CSU-Gruppe** in der  
EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament

Nummer 8 · 15. Mai 2006 · [www.cdu-csu-ep.de](http://www.cdu-csu-ep.de)



## **Stoiber besucht Europäisches Parlament**

Im Anschluss an die erste Kabinettsitzung der bayerischen Staatsregierung in Brüssel sind Ministerpräsident Edmund Stoiber und die bayerische Staatsministerin für Europafragen, Emilia Müller, zu einem Meinungsaustausch mit der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament zusammengetroffen. Dabei stellten die Abgeordneten der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament insbesondere in Fragen der EU-Erweiterung große Übereinstimmung mit dem bayerischen Ministerpräsidenten fest.

(Seite 2)

### **Inhalt**

CDU/CSU-Delegation  
besucht Rumänien  
Seite 3

Elmar Brok:  
Europäische Verfassung  
Seite 4

Hans-Gert Pöttering:  
Zukunft der EU  
Seite 5

Markus Pieper:  
EU-Strukturfonds  
Seite 6

HARTMUT NASSAUER UND MARKUS FERBER:

## CDU/CSU-Gruppe stellt Einigkeit mit Edmund Stoiber fest

AUFNAHMEFÄHIGKEIT MAßGEBLICHES KRITERIUM FÜR EU-BEITRITTE

**D**ie Gruppenvorsitzenden der mit 49 Angeordneten größten nationalen Delegation im Europäischen Parlament, Hartmut Nassauer (CDU) und Markus Ferber (CSU), erklärten nach der Aussprache mit dem bayerischen Ministerpräsidenten: „Wir stimmen in unserer Einschätzung, dass das Kriterium der Aufnahmefähigkeit der Europäischen Union in Zukunft maßgebend bei jedem neuen Beitrittskandidaten sein sollte, voll mit der Position von Edmund Stoiber überein. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf das Beitrittsgesuch der Türkei, das bisher von der Sozialdemokratie vehement vorangetrieben wurde. Umso positiver ist es jetzt, dass die SPE-Fraktion beginnt, sich dem Kurs der Unionsparteien anzunähern und das von uns maßgeblich entwickelte Konzept der privilegierten Partnerschaft faktisch übernommen hat“.

Auch bei der zukünftigen EU-Finanzplanung bestehe eine weitgehende Übereinstimmung mit dem CSU-Vorsitzenden. „Es steht völlig außer Frage, dass eine verantwortungsbewusste EU-Haushaltsplanung mittelfristig auch eine weitere Begrenzung der deutschen Nettozahlerposition und eine entsprechende Ausgaben- disziplin auf europäischer Ebene nach sich ziehen sollte. Allerdings muss die Europäische Union auch in die

Lage versetzt werden, ihre nicht zuletzt von Seiten der Mitgliedstaaten immer häufiger gestellten Aufgaben erfüllen zu können. Die Europäische Union kann ihre Akzeptanz folglich nur steigern, wenn sie ausreichende Handlungsfähigkeit, Glaubwürdigkeit und Flexibilität bei der Finanziellen Vorausschau für die nächste Finanzperiode bis 2013 erhält“, betonte Markus Ferber.

### Kompetenzordnung muss eingehalten werden

Nassauer und Ferber sprachen sich zudem dafür aus, auch auf nationaler und Länderebene eine klare Kompetenzzuordnung einzuhalten und deutlich zu machen, wer für was verantwortlich ist. „Es kann nicht sein, dass die Europäische Union für gesetzliche Vorgaben haftbar gemacht wird, die sie gar nicht erlassen hat und andererseits bei jeder Krise sofort nach einem Eingreifen auf EU-Ebene gerufen wird. Insofern ist die Kernaussage Edmund Stoibers, dass Deutschland und Bayern die europäische Ebene als Verbündeten bei der Durchsetzung ihrer Anliegen ansehen sollten, uneingeschränkt zu begrüßen“, so die Gruppenvorsitzenden abschließend.

## Delegation der CDU/CSU-Gruppe besucht Rumänien

REFORMANSTRENGUNGEN MÜSSEN INTENSIV FORTGESETZT WERDEN

**B**eindruckt von den Reformanstrengungen und Fortschritten Rumäniens auf dem Weg in die Europäische Union zeigte sich eine Delegation der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament bei einem Besuch des Landes. Insbesondere in den Bereichen Sicherung der Außengrenzen und Korruptionsbekämpfung habe Rumänien große Fortschritte gemacht, erklärten die Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe, Hartmut Nassauer (CDU) und Markus Ferber (CSU), unter deren Leitung sich die Delegation vom 20. bis 24. April zu Gesprächen in Rumänien aufhielt. Die CDU/CSU-Gruppe trete geschlossen für den Beitritt Rumäniens in die Europäische Union ein, allerdings sei die Frage nach dem richtigen Zeitpunkt, 2007 oder 2008, noch offen, so die Mitglieder der Delegation, zu der auch die Europaabgeordneten Daniel Caspary (CDU), Alfred Gomolka (CDU), Bernd Posselt (CSU) und Michl Ebner (Südtiroler Volkspartei) gehörten. Der Reformprozess müsse weiterhin – auch über das Beitrittsdatum hinaus – intensiv fortgeführt werden. Der eigentliche Integrationsprozess beginne erst nach dem EU-Beitritt.



*Premierminister Tariceanu im Gespräch mit der CDU/CSU-Delegation.*

Die Abgeordneten besuchten Bukarest, Hermannstadt, Klausenburg, Schäßburg und Temeswar, um sich vor Ort persönlich über den Stand der Beitrittsvorbereitungen Rumäniens zu informieren. In Bukarest führte die Delegation unter anderem Gespräche mit Präsident Basescu, Premierminister Tariceanu, mehreren Ministern sowie mit dem Vorsitzenden der Abgeordnetenkammer Olteanu.

Der rumänische Präsident Basescu versicherte den Unionsabgeordneten, Rumänien werde auch nach dem EU-Beitritt – schon im Eigeninteresse – den Reformprozess weiterführen.

ELMAR BROK:

## Verfassungsprozess gewinnt an Fahrt

ESTLAND RATIFIZIERT BEI NUR EINER GEGENSTIMME

„Die Verfassung ist alles andere als tot“, erklärte der CDU-Europaabgeordnete Elmar Brok, der Vorsitzender der EVP-Gruppe im EU-Verfassungskonvent war, nachdem Estland als fünfzehntes EU-Mitglied die Verfassung ratifizierte.

Die nun mit 73 Ja-Stimmen bei nur einer Gegenstimme im estnischen Parlament ratifizierte EU-Verfassung bleibe die wichtigste Hausaufgabe, die die EU erledigen müsse, um bürgernäher und transparenter zu werden, um die nationalen Parlamente besser einzubinden und um außenpolitisch geschlossener agieren zu können.

„Mit dem Vertrag von Nizza können wir die Erwartungen der Bürger nicht gut erfüllen. Dies bleibt daher auf der Agenda. Sowohl die ab Juli überneh-



Elmar Brok MdEP

mende finnische als auch die ab Januar 2007 kommende deutsche EU-Ratspräsidentschaft bleiben bereits erkennbar am Ball“, sagte der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Europäischen Parlament. Bundeskanzlerin Angela Merkel habe die Ratifikation in Estland aus-

drücklich begrüßt und

die Notwendigkeit des Fortgangs der Ratifikationen betont.

Brok hatte sich bereits vor der Ratifizierung durch Estland mit der Präsidentin Finnlands, Tarja Halonen, und dem Ministerpräsidenten Matti Vanhanen getroffen, nach deren Aussagen das finnische Parlament mit großer Mehrheit der Regierung den Auftrag zur Einleitung des Ratifikationsprozesses geben werde.

### Seehofer zu Gesprächen mit CDU/CSU-Abgeordneten in Brüssel



v. l.: Markus Ferber MdEP, Bundesminister Horst Seehofer und Hartmut Nassauer MdEP

Bei einem Besuch im Europäischen Parlament erörterte Horst Seehofer (CSU), Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, mit den Mitgliedern der CDU/CSU-Gruppe im EP aktuelle Fragen der europäischen Agrarpolitik. Dabei sprach sich Seehofer u. a. für die Einführung eines Kodex für traditionell hergestellten Wein aus.

HANS-GERT PÖTTERING:

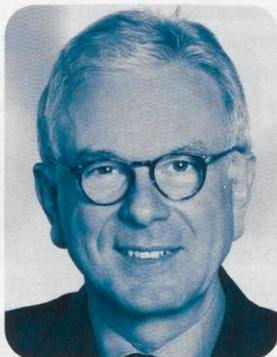
## Gefahr einer Renationalisierung der europäischen Politik

Anlässlich einer Konferenz mit den nationalen Parlamenten über die Zukunft Europas im Europäischen Parlament hat der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion, Hans-Gert Pöttering, nachdrücklich vor der Gefahr einer Renationalisierung der Europäischen Union gewarnt und an die Grundlagen der Europäischen Union erinnert: gemeinsame Werte,

solidarisches Handeln durch gemeinschaftliche Institutionen und Handlungsfähigkeit nach innen und außen.

Anlässlich des Europatages erinnerte Pöttering daran, dass Europa im Kern ein Projekt zur Sicherung des Friedens in Europa ist, das mit der Erklärung Robert Schumans am 9. Mai 1950 seinen Anfang genommen und die europäischen Institutionen begründet hat. Die europäischen Institutionen seien die Garantie für solidarisches Handeln in der Europäischen Union. „Deswegen müssen wir jeder Renationalisierung widerstehen“, erklärte Pöttering. Dies sei ein wichtiges Argument für den Verfassungsvertrag.

Das Europäische Parlament sei heute Mitgesetzgeber in nahezu 75 Prozent der Gesetzgebung. Dies sei ein großer Erfolg für den Parlamentarismus in der Europäischen Union, aber der Prozess



Hans-Gert Pöttering MdEP

der Parlamentarisierung müsse in Partnerschaft mit den nationalen Parlamenten weiter fortgesetzt werden.

Solidarität sei ein Kernbegriff der Europäischen Union. Als Beispiel nannte Pöttering die Einforderung der europäischen Solidarität durch Polen bei der Energieversorgung. Dies sei ein richtiges Anliegen,

erfordere aber auch umgekehrt die Solidarität Polens in anderen europäischen Fragen. „Solidarität ist keine Einbahnstraße, sondern beruht immer auf Gegenseitigkeit.“

Nachdrücklich forderte Pöttering, die Handlungsfähigkeit Europas zu sichern. Gerade in Zusammenarbeit mit den amerikanischen Partnern könne Europa nur dann Einfluss nehmen, wenn es stark und handlungsfähig ist.

„Europa kann nur auf Grundlage der gemeinsamen Werte, der Achtung und Verteidigung der Menschenrechte, der Freiheit, der Demokratie und des Rechts als Modell innerhalb und außerhalb der Europäischen Union überzeugen.“ Auf dieser Grundlage können nationale Parlamente und das Europäische Parlament gemeinsam mit Leidenschaft und Entschlossenheit die Zukunft Europas bauen.

MARKUS PIEPER:

## Private Mitfinanzierung bei EU-Strukturfonds möglich

KEINE FÖRDERUNG VON STANDORTVERLAGERUNGEN

**D**er Regionalausschuss des Europäischen Parlaments hat seine Zustimmung zum Ergebnis der Verhandlungen über die EU-Finanzplanung signalisiert. Der CDU-Europaabgeordnete Markus Pieper sagte, dass trotz noch teilweise offener Fragen zur Verwendung der so genannten Gemeinschaftsreserve „von einem positiven Votum des Parlaments zu den Strukturfonds im Juli auszugehen ist“.



Markus Pieper MdEP

### Endlich Planungssicherheit für Landesregierungen

Damit hätten die Landesregierungen endlich Planungssicherheit für die Periode 2007 bis 2013, sagte Pieper. So müsse in Deutschland die Programmplanung für einen pünktlichen Start im Januar 2007 energisch vorangetrieben werden. Erfreulich sei aus deutscher Sicht, dass der Einsatz privater Gelder sowohl in den neuen als auch in den alten Bundesländern möglich sei. „Dadurch wird es etwa für die Kommunen einfacher, europäische Projekte zu finanzieren“.

Gleiche Spielregeln für die europäische Regionalförderung habe das Parlament auch in Sachen Anrechenbarkeit der Mehrwertsteuer erreicht. Bisher war von Rat und Kommission vorgesehen, dass in den westeuropäischen Mitgliedsländern der Projektträger die Mehrwertsteuer künftig hätte

alleine tragen müssen. Das hätte für Deutschland eine Verteuerung der EU-Projekte um 19 Prozent bedeutet. Nunmehr gelte die Mehrwertsteuer überall als förderfähige Ausgabe.

Einen wichtigen Erfolg habe die deutsche CDU/CSU-Gruppe in der EVP-ED-Fraktion zudem beim Thema Standortverlagerungen erreicht. So wird die Strukturfondsverordnung für 2007 bis 2013 eine Regel enthalten, nach der Subventionen für Betriebsverlagerungen innerhalb Europas auszuschließen sind. „Mit den jetzt erreichten gleichen Spielregeln und fairen Förderbedingungen wird die europäische Regionalförderung auch weiterhin einen großen Beitrag zur Akzeptanz der europäischen Idee leisten“, so der CDU-Europaabgeordnete.

## kurz & bündig

AKTUELLES AUS DER EVP-ED-FRAKTION

### ■ Anhörung im Fall Equitable Life

Der Untersuchungsausschuss des Europäischen Parlaments zu den Vorwürfen gegen die Versicherung „Equitable Life“ hat eine Anhörung der Betroffenen durchgeführt. Mehrere ehemalige Kunden des britischen Versicherungskonzerns wurden von der Ausschussvorsitzenden Mairead McGuinness (Irland) und dem Koordinator der EVP-ED-Fraktion, Sir Robert Atkins (Großbritannien) zu ihrem Fall befragt. Zu Wort kam auch der Vorstandsvorsitzende von Equitable Life.

Equitable Life musste im Jahr 2000 einräumen, auf viele Versicherungspolizen überhöhte Renditen versprochen zu haben. Viele Kunden mussten so eine Kürzung ihrer Altersbezüge und Ersparnisse hinnehmen, nachdem die Equitable Life Policen den Wert aller Rücklagen der Gesellschaft um mehrere Milliarden Euro überstiegen. Schätzungen zufolge gibt es rund 4.000 Betroffene in Deutschland, sowie mehr als eine Million in Großbritannien. Der Untersuchungsausschuss soll unter anderem klären, ob die entsprechenden EU-Richtlinien über Lebensversicherungen ordnungsgemäß umgesetzt wurden. Der nichtständige Untersuchungsausschuss basiert auf Artikel 193 des EG-Vertrages, wonach das Europäische Parlament Verstöße gegen das Gemeinschaftsrecht oder Missstände bei dessen Anwendung prüfen kann.

### ■ Weißrussland: Verhaftung von Milinkewitsch verurteilt

Die Verhaftung des weißrussischen Oppositionsführers Alexander Milinkewitsch ist im Europäischen Parlament auf heftige Kritik gestoßen. Der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion, **Hans-Gert Pöttering**, verurteilte die Verhaftung scharf. Dies sei ein Versuch, die demokratische Opposition in Weißrussland einzuschüchtern. Die Angriffe des Regimes in Minsk auf Repräsentanten der Zivilgesellschaft widersprächen den Prinzipien der Demokratie, der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit, so Pöttering. Milinkewitsch hielt erst im April eine Rede vor der EVP-ED-Fraktion und berichtete über die Situation der Opposition in Weißrussland.

### ■ EVP-ED Delegation reist nach Rumänien

Mehrere Mitglieder der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament sind Ende April nach Rumänien gereist, um sich anlässlich der Debatte um den Beitritt des Landes zur Europäischen Union ein Bild der Situation vor Ort zu machen. Die Delegation wurde geleitet von **Guido Podestà** (Italien), dem Vorsitzenden des Gemeinsamen Parlamentarischen Ausschusses EU-Rumänien. Weitere Mitglieder waren **Francisco Millán Mon** (Spanien), **Kinga Gál** (Ungarn), **Gerardo Quecedo Galeote** (Spanien), sowie **Marian-Jean Marinescu**, der Vorsitzende der rumänischen

Beobachter in der EVP-ED-Fraktion, und **Maria Cappone**, die Vorsitzende der bulgarischen Beobachter. In Bukarest traf die Delegation unter anderem mit dem rumänischen Präsidenten **Traian Basescu** und Premierminister **Calin Popescu-Tariceanu** zusammen.

#### ■ Bericht zum Hochwasserschutz im Ausschuss angenommen

Nahezu einstimmig nahm der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments den vom österreichischen EVP-ED Europaabgeordneten **Richard Seeber** ausgearbeiteten Bericht über die Richtlinie zur Bewertung und Bekämpfung von Hochwasser in Europa an. Verpflichtend für die Mitgliedstaaten vorgesehen sind dabei nach Darstellung Seebers in Zukunft dreierlei Maßnahmen: eine grenzüberschreitende Bewertung des Hochwasserrisikos an den einzelnen Flussläufen, die Erstellung von Hochwasserrisikokarten, sowie die Erstellung von Plänen für ein effektives Risikomanagement. „Die Überschwemmungen, die in diesem Frühjahr in vielen Ländern Europas menschliches Leid, Umweltschäden und Millionenverluste verursachten, sind kein Einzelfall“, so Seeber. „Hochwasser werden zu einer regelmäßigen Gefahr für Europa. Diese EU-Initiative für ein grenzüberschreitendes Risikomanagement ist

daher unbedingt zu begrüßen. Sie schafft einen europäischen Hochwasserschutz, der alle betroffenen Regionen zur Zusammenarbeit verpflichtet“.

#### ■ Vorbereitungen für Grippewelle verbessern

Nach einer britischen Studie sind einige Länder der Europäischen Union auf eine Grippepandemie nur schlecht vorbereitet. Deutschland steht zusammen mit Frankreich, Großbritannien, Irland, den Niederlanden, und Schweden relativ gut da. Nach Einschätzung der Londoner Hochschule für Hygiene und Tropenmedizin sind in diesen Ländern die Vorbereitungen zur Eindämmung einer möglichen Grippewelle vorangeschritten. Italien, Lettland, Litauen, Polen, Portugal, Rumänien und die Tschechische Republik schneiden stattdessen vergleichsweise schlecht ab. Der griechische EVP-ED-Abgeordnete **Antonios Trakatellis** forderte anlässlich der Präsentation der Studie im Europäischen Parlament, die Vorbereitungen gegen eine mögliche Grippewelle zu verstärken. Dies beinhaltet unter anderem die Erstellung von Plänen für eine rasche Versorgung mit Medikamenten.

Lasse Böhm, EVP-ED-Pressestelle  
lboehm@europarl.eu.int

## Impressum

**UNION IN EUROPA** – Informationen der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament. Für den Inhalt verantwortlich: Hartmut Nassauer MdEP, Markus Ferber MdEP. **Redaktion:** Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, W 60, 11011 Berlin, Telefon 030-227-757 75, e-mail: stephan.mock@cducsu.de. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 02226-802-0. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. **Herstellung:** VVA – Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.